

Mitte Altona
Live-Protokoll des Bürgerforums
vom 11.09.2012

Alle Informationen und Dokumente zum Verfahren sind auf der Internetseite des Projektes abrufbar:
www.hamburg.de/mitte-altona

Dokumentation

Politik- und Unternehmensberatung Markus Birzer
Missundestraße 14
22769 Hamburg
markus.birzer@web.de

Bürgerforum Mitte Altona
Live-Protokoll vom 11.09.2012

Moderation: Frau Prof. Dr. Gesa Birnkraut
Protokoll: Markus Birzer

Frau Birnkraut

Frau Birnkraut begrüßt die Anwesenden. Sie freut sich, dass trotz verschiedener anderer Termine, wie Fußball, Schalthoff-Live etc. so viele gekommen sind. Am Freitag sei ein Beschluss im Stadtplanungsausschuss der Bürgerschaft gefasst worden. Diesen werde man heute vorstellen.

Sie stellt den Ablauf vor.

Frau Dobusch aus der Bürgerschaft sei anwesend.

Sie übergibt an Herrn Gerdemann.

Herr Gerdemann

begrüßt die Anwesenden und stellt sich vor.

Er skizziert den Entscheidungsgang des Masterplans (s. Folie). Der Anfang des Masterplans sei der Wettbewerb gewesen. In den Wettbewerb sind Bürgerforderungen durch die Bürgerbeteiligung eingeflossen. Er stellt den Masterplanentwurf in Eckpunkten vor (s. Folie).

Der Masterplan sei eine Mischung aus dem Wettbewerbsentwurf und den Bürgerforderungen. Der Bezirksversammlung Altona sei er zuerst zur Beratung vorgelegt worden. Dann habe er den Senat erreicht. Im Senat habe es zum Thema Inklusion es einen eigenen Arbeitsauftrag gegeben. Der Masterplanentwurf sei in zwei Sitzungen in die Beratung gegangen.

Zwei Meinungsbildungsprozesse hätten sich somit auf die Bürgerschaft zubewegt, das sei zum einen der „Eine Mitte für alle“-Prozess. Die Ziele, die dort formuliert worden waren, seien an die Bürgerschaft herangetragen worden. Zum anderen habe das Koordinierungsgremium ein Papier vorgelegt, das eine präzisere Formulierung der Bürgerforderungen darstellen solle. Das sei in der ersten Sitzung des Ausschusses durch das Koordinierungsgremium (KG) vorgetragen worden. Die Forderungen sind in die Plenarprotokolle aufgenommen worden und von den Fraktionen diskutiert worden.

Beide Sitzungen seien in der Parlamentsdatenbank abgebildet. Dort seien Wortprotokolle der Diskussionen angefertigt worden. Am letzten Freitag sei der SPD-Antrag ganz und der GAL-Antrag teilweise angenommen worden. Es seien Arbeitsaufträge formuliert worden, die nun abgearbeitet werden sollten. Es gehe vor allem um Sicherung des Sozialen Wohnungsbaues sowie um das Thema Inklusion. Des Weiteren sei gefordert worden, ein Mobilitätskonzept vorzulegen. In anderen Bereichen wie z.B. der Gewerbestruktur etc. seien ebenfalls Forderungen entstanden.

Es stellt sich nun die Aufgabe für die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU), aus den Bürgerforderungen, den Arbeitsaufträgen etc., ein geschlossenes Bild zu machen.

Es gebe jetzt Thementage. Dort sollen die Themen weiter bearbeitet werden. Die Schiene Masterplan gehe aber weiter. Der sei die Grundlage für den Funktions- und Bebauungsplan. Es gebe auch einen Thementag zur Freiraumplanung. Das Thema Vorbereitende Untersuchung werde ebenfalls weitergehen. Die Ergebnisse werden in die Öffentlichkeit eingespeist.

Es gebe somit einen planerischen, aber auch einen wirtschaftlichen/ökonomischen Strang. Der Beteiligungsprozess soll über das gesamte Verfahren weitergeführt werden und zwar über die gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung hinaus. Die einzelnen Formate seien aber noch nicht vollständig klar.

Frau Birnkraut

fragt, ob es Nachfragen gibt.

Eine Teilnehmerin

wolle ergänzend vortragen, was aus ihrer Sicht im Stadtplanungsausschuss passiert sei. Am 14.08.2012 und am 07.09.2012 habe dieser getagt. Sie sei KG-Mitglied und stellt sich als Frau Reher vor. Sie sei bei beiden Veranstaltungen gewesen.

Für die Beteiligten sei die Abstimmung am letzten Freitag eine ziemlich herbe Enttäuschung gewesen. Bei der ersten Sitzung habe man Rederecht von 15 Minuten gehabt. Man konnte einen eigenen Antrag einbringen. Der wurde zu Protokoll genommen. Man habe die Abgeordneten aufgefordert, den Masterplan in der vorliegenden Form nicht zu beschließen. Man habe gehofft, dass man nicht auf taube Ohren stoße. Der Ergänzungsantrag, der am Freitag gestellt worden sei, habe keine substantiellen Verbesserungen bewirkt.

Er solle suggerieren, dass man die Bedenken ernst nehme. Der Antrag habe aber ganz vage und unkonkrete Formulierungen. Der SPD werden damit Türen mit den Grundeigentümern offen gehalten.

Sie gibt eine Kostprobe. Es stehe z.B. darin, dass ein möglichst großer Anteil preiswerter Wohnungen zur Verfügung gestellt werden sollte. Es sei oft das Wort „möglichst“ in dem Antrag vorhanden.

Ein Einwurf aus dem Publikum

sagt, dies sei schwammig.

Frau Reher

sagt weiter, der Antrag der FDP, der einen Planungsstopp gefordert hatte, sei natürlich abgelehnt worden. Im Grunde habe man sich mit der Verabschiedung über die Forderungen der Bürger hinweg gesetzt. Das Moratorium wurde ignoriert. Das Bürgergutachten sei heute zum ersten Mal von der BSU erwähnt worden. Die Anträge des KG seien ignoriert worden. Schade sei, dass die Senatorin nicht da sei. Sie habe auf Kampnagel gesagt, dass die SPD bei großen Stadtentwicklungsprozessen die Bürger einbeziehen werde. Entscheiden sollten aber die Politiker, so die Senatorin.

Sie wolle wissen, wie das geschehen soll. Man investiere als Bürger viel Zeit, am Ende entscheide die Politik. Sie wolle ihr auch sagen, dass die Bürger, die sie gewählt haben, sich nicht beteiligen, die, die sich beteiligen, würden sie aber nicht wählen. Darüber solle sie sich Gedanken machen.

Sie habe sich viel Wissen angeeignet. Sie habe jetzt mehr Sachverstand als die Mehrheit der Bürgerschaftsabgeordneten, die am Ende entscheiden werden. Der Zug sei abgefahren, der Masterplan werde am 26.09.2012 in der Bürgerschaft entschieden. Es komme nun aufs KG an, Einfluss auf die Abwendungsvereinbarungen zu haben. Hier wolle man beteiligt werden.

Es sei aus ihrer Sicht ein unseliges Beteiligungstheater gewesen. Sie sei nicht mehr bereit, so weiter mitzumachen.

Ein weiterer Vertreter des KG

sagt, dass er am Anfang große Skepsis hatte mitzumachen. Bei den Veranstaltungen seien Argumente nicht aufgenommen und diskutiert worden. Er habe trotzdem das Votum aufgenommen. Er wolle sich eines Besseren belehren lassen. Ihm gehe es nun aber genauso wie seinen Mitstreitern, die sich erheblich eingebracht hätten. In den Workshops, die schon im letzten Jahr stattgefunden hätten, sei zwar zugehört worden, aber als man der Senatorin sagte, dass man Geld für die Arbeit haben wolle, sei gesagt worden, dafür gebe es kein Geld. Man habe daher wenig Chancen, etwas zu erreichen. Der Masterplan werde trotz der Einwände beschlossen.

Der Masterplan beinhalte zwei Bauabschnitte, wobei der zweite Bauabschnitt nur realisiert werden könne, wenn der Bahnhof verlagert werde. Die Verlagerung stehe in den Sternen. Die Kostenübernahme für dann notwendigen Schallschutz sei ebenfalls nicht klar, auch nicht, wer sie tragen werde.

Die Abwendungsvereinbarungen seien jetzt das Wichtigste, das es zu betrachten gebe. Die Schnittstelle sei das KG. Es sei erforderlich, dass das KG die Vereinbarungen vor dem Beschluss auf dem Tisch habe. Sie beinhalten wesentliche Punkte. Es gilt zu beurteilen, ob die Stadt das Gebiet doch noch aufkauft. Man kann aber nur darüber entscheiden, wenn man die beiden Punkte vergleichen kann. Das liegt nicht vor, obwohl es eingefordert werden sei. Die Vereinbarungen müssten in den nächsten zwei Wochen im Postfach liegen, damit wir uns ein Bild machen können. Ansonsten sei bei ihm Schluss mit Beteiligung.

Ein weiteres Mitglied des KG

sagt, dass man sich gestern zusammengesetzt habe. Sehr viele Mitglieder des KG, die sich in letzter Zeit engagiert hatten, seien da gewesen. Die einhellige Meinung sei gewesen, dass das Bürgerbeteiligungsverfahren sich zunehmend als Farce herausgestellt habe. Man habe nichts einbringen könne. Nachprüfbar werde sich im Masterplan nichts wiederfinden. Der Masterplan werde am 26.09.2012 von der Bürgerschaft verabschiedet werden. Das KG habe seine Rolle von Anfang an als Mittler zwischen Bürger und Politik/Investoren gesehen. Man sei darauf angewiesen, was von den Bürgern kommt. Das Moratorium, das vom Bürgerforum im Februar beschlossen worden sei, ist die Grundlage der Arbeit gewesen. Es sei begründet worden mit neun Punkten.

Er führt wesentliche Punkte des Moratoriums auf und begründet diese erneut.

Die Entwicklung in der Mitte Altona werde die Situation der bereits Ansässigen beeinflussen. Dies hätten viele noch nicht begriffen.

Es reiche nicht aus, was nun beschlossen werde. Die Planungen der Bahn seien nach wie vor unklar. Ende 2013 werde vermutlich erst entschieden; die Bahn habe ein Gutachten in Auftrag gegeben. Es ist kein menschenwürdiges Wohnen möglich, wenn die Bahn weiter bleibt. Die Lärmschutzmaßnahmen seien ebenfalls unklar. Das KG

habe immer gesagt, dass, so lange nicht klar sei, was die Bahn mache, man Lärmschutzmaßnahmen ergreifen müsse.

Ein weiterer Punkt sei die „Autofreiheit“. Bereits jetzt seien 60 Prozent der umliegenden Stadtteile autofrei. Mindestens dies sei zu gewährleisten. Visionäres sei aber nur mit mindestens 80 Prozent autofreiem Wohnen machbar. Damit könnte sich die Stadt profilieren. Damit sei man auf taube Ohren gestoßen. Es gebe nur kosmetische Zusagen. Das ganze Beteiligungsverfahren könne nicht so weiter laufen. Aurelis und ECE werden ihre Luxuswohnungen bauen. Die Baugemeinschaften werden in die Röhre gucken. Viele Menschen der Baugemeinschaften sind Hartz-IV-Empfänger, andere können sich keine 14 Euro Miete oder 5.000 Euro für Eigentum leisten. Was sollen das für Baugemeinschaften werden, die dort bauen sollen?

Daher sagen wir, dass alle Workshops eine Farce seien, ein Kasperltheater. Die Abwendungsvereinbarungen seien nun wichtig. Es muss schon etwas vorliegen, das möchten wir jetzt haben, daran muss gearbeitet werden. Wir sind sehr skeptisch, dass die Stadt eigene Akzente setzt.

Ein weiteres KG-Mitglied

sagt, er sei ebenfalls nicht glücklich. Er sei als Gewerbetreibender in das KG gewählt worden. Die meisten Gewerbetreibenden würden gar nicht mehr auf dem Gelände arbeiten; einige Gebäude seien entmietet worden. Der Bezirk habe nicht geholfen. Man habe die Kündigung, er auch. Man müsse sich selbst kümmern.

Ein anderer Grund sei die soziale Stadtentwicklung, die er sich gewünscht habe. Durch die Abstimmung im Stadtplanungsausschuss sei aber klar geworden, dass die SPD wie eine Dampfwalze ihre Entscheidung durchpauke. Positive Diskussionen und unser Input sei nicht berücksichtigt worden.

Was den sozialen Wohnungsbau betreffe, werde immer gesagt, man wolle nicht die Fehler der 70er Jahre machen. Man habe dort die Bewohner an den Stadtrand gedrängt und soziale Probleme geschaffen. Im innerstädtischen Bereich seien Büroklötze gebaut worden, die heute leer stehen. Man habe sich in den 1970er Jahren in Ottensen gegen die City-West gewehrt.

Am letzten Sonntag beim Tag des offenen Denkmals habe es Dinge zu besichtigen gegeben, wie zum Beispiel die Häuser in der Hafensstraße, das Gänge-Viertel etc. Das gebe es nur, weil sich Bürger der Stadt gegeben habe, die sich gewehrt haben. Man solle sich überlegen, die Spielregeln, die hier gesetzt werden, zu übertreten. Man muss nicht immer die Regeln beachten. Man solle eine Macht, eine Lobby bilden gegen die Interessen des Geldes in der Politik.

Ein KG-Mitglied

sagt, dass das Bürgerbeteiligungsverfahren weitergeführt werden solle. Es sei gefordert worden, die Beteiligung auf breitere Füße zu stellen. Man sei aber als KG dafür gewählt worden. Man habe Know-how angehäuft. Man lade ein, die Sitzungen des KG zu besuchen. Man werde informieren, wenn die Abwendungsvereinbarungen da seien. Dann könne man das mit interessierten Bürgern diskutieren.

Herr Gerdemann

bittet um Verständnis dafür, dass er nicht zu allen Punkten Stellung nehmen könne. Es gebe Interessengegensätze, die man nicht immer aufheben könne. Vieles sei aber auch bereits miteinander diskutiert worden. So habe man

z.B. schon mehrfach von Seiten der Stadt erläutert, dass die im Masterplan genannten 10 bis 20% der Wohnungen, die als autoarmes Wohnen mit vermindertem Stellplatzschlüssel errichtet werden sollen, nicht mit den immer wieder erwähnten 60% Autofreiheit in den Nachbarquartieren gleich gesetzt werden könnten, da sich die vom Masterplan genannte Zielzahl qualitativ davon insofern unterscheidet, als dass dies Wohnungen sein sollten, bei denen der Verzicht auf das Auto schon per Mietvertrag festgeschrieben werde. Darüber hinaus sei selbstverständlich auch von Seiten der Stadt eine höhere Quote für den Verzicht auf das eigene Auto erwünscht, die gerne auch die 60 %-Marke der Nachbarquartiere übersteigen sollte. Dies wolle man durch attraktive Alternativ-Angebote zum eigenen Auto auch befördern. Wie dies am besten geschehen könne sei nicht zuletzt auch eine Frage für den anstehenden Thementag am 22.9., zu dem alle herzlich eingeladen seien und auf dem man hierüber sprechen und Lösungsvorschläge gemeinsam entwickeln wolle.

Insgesamt sei festzuhalten, dass der Masterplan so aussehe wie er aussieht, auch Ergebnis der Bürgerbeteiligung ist, die z.B. das autofreie Wohnen oder die 5-7-Geschossigkeit thematisiert habe. Es gebe keine Abwendungsvereinbarungen, da es noch keinen Masterplanbeschluss der Bürgerschaft gebe. Der verabschiedete Masterplan sei jedoch als Verhandlungsgrundlage für die Gespräche mit den Eigentümern zu den Abwendungsvereinbarungen notwendige Voraussetzung, da er ja die meisten Zielgrößen und Zahlen (z.B. Wohnfläche) liefere, über die man dann verhandeln müsse bzw. auf deren Grundlage auch Kosten zu ermitteln seien.

Zwischenrufe aus dem Publikum,

dass dies nicht stimme.

Herr Gerdemann

sagt, es gebe viele Punkte, wo man unstimme Sachverhalte aufklären könne.

Eine Teilnehmerin

fragt nach dem Bürgergutachten des KG. Es sei das erste Mal hier offiziell erwähnt worden. Das sei ein Unding. Man solle es auf die Seite der BSU stellen, damit es allen zugänglich sei. Wenn dies nicht gehe, wolle man wissen, warum das nicht gehe.

Herr Gerdemann

sagt, dass er kein Problem habe, dies auf die Seite zu stellen. Es sei womöglich auch schon online.

Ein Teilnehmer

sagt, es gehe um Fakten in der Stadt. Diese seien hinreichend beschrieben. Im Jahr fielen z.B. 6.000 Wohnungen aus der Mietpreisbindung. Man überlasse die Stadtentwicklung den Investoren. Es gebe viele Beispiele, wo zusammen mit den Bürgern etwas entworfen worden sei. Es gehe um die Diskussion. Man tauche auch nicht in den Newslettern von Mitte Altona mit der Arbeit des KG auf.

Frau Dobusch

sagt, es sei hier ja richtig gefährlich, sich als Politiker hinzustellen, vor allem als SPD-Mitglied.

Man habe einige Punkte gehabt, die man als SPD wollte und die man so beschlossen habe. Es gab aber auch andere Punkte, die bewegt worden seien durch die Bürgerbeteiligung. Manche machten aus ihrer Sicht ihre Arbeit schlechter, als sie sei. Sie hätten eine ganze Menge bewegt. Die Forderungen könnten jedoch nicht zu 100 Prozent umgesetzt werden.

Zwischenruf aus dem Publikum

man sei verarscht worden.

Frau Dobusch

sagt, was den Drittmix angehe, dass der Stadtteil zwischen bestehenden Stadtteilen liege. Was im neuen Stadtteil als Zusammensetzung geplant sei, soll sich an den umliegenden orientieren, nicht an Ottensen, sondern am Durchschnitt. In den meisten Stadtteilen seien nicht mehr als 20 Prozent geförderter Wohnraum, man wolle hier aber 30 Prozent.

Dass man hier nicht alle Probleme der Stadt beseitigen könne, wisse sie auch. Man könne nicht hier alle Probleme, die durch 10 Jahre Untätigkeit in der Politik zustande gekommen seien, lösen.

Diverse Zwischenrufe.

Frau Dobusch

merkt an, dass die 20 Mio. Euro, die in das Gänge-Viertel reingehe, auf einen Beschluss der SPD-Regierung basiere.

Zwischenruf

Wer hat denn das Gänge-Viertel besetzt und erst darauf aufmerksam gemacht?

Ein Anwohner

fragt, woher Frau Dobusch ihre Zahlen habe. Er wohne im Gerichtsviertel dort seien ca. 60 Prozent bei 6 Euro Miete.

Er sei als Journalist bei der heutigen Landespressekonferenz gewesen. Die Stadt verzichte auf das Vorkaufsrecht. Ein Letter of intent sei geschlossen worden. Er habe diesen eingefordert nach dem Informationsfreiheitsgesetz. Es wäre ein Akt der Fairness, wenn dieser Letter of intent öffentlich gemacht würde, damit man erführe, was die Stadt mit der ECE vereinbart habe.

Herr Gerdemann

antwortet, dass die Vereinbarung Dinge enthält, bei denen man erst prüfen müsse, inwieweit diese z.B. in Bezug auf den Datenschutz veröffentlicht werden könnten, ohne die schutzwürdige Interessen Dritter zu verletzen.. Mit der Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz sei ein Rechtsweg in Gang gesetzt worden, der zu einem Ergebnis führen werde. Man werde dann das Ergebnis bekannt geben bzw. im Internet veröffentlichen.

Frau Birnkrant

sagt, dass nun Herr Birzer den Ablauf der Thementage vorstellen werde.

Ein Mitglied des KG

sagt, sie sei relativ lustlos. Sie wolle nicht mehr an Workshops teilnehmen. Man solle entscheiden, wie der Bürgerbeteiligungsprozess weiterlaufen soll. Er sei sehr teuer. Man wolle an den Abwendungsvereinbarungen teilnehmen. Man wolle aber keine Wünsche mehr auf Zettel notieren, die sowieso nicht erfüllt würden.

Ein Teilnehmer

sagt zu Frau Dobusch, dass sie ja zweimal beim KG gewesen sei. Man habe beim ersten Treffen stundenlang diskutiert, die Atmosphäre sei damals fruchtbar gewesen. Das zweite Mal war vier Monate später, man habe Vereinbarungen getroffen, die Kritikpunkte seien aufgenommen worden. Man habe aber nun festgestellt, dass nichts passiert sei. Es waren vier verlorene Monate. Es sei vorhin plump von ihr gewesen, zu sagen, dass man nicht alles hier alles lösen kann. Sie könnten dies als SPD, sie wolle aber nicht. Das Ziel des Senats sei, den Investoren den roten Teppich auszurollen. Die SPD wird das nicht machen, wenn nicht Druck von unten kommt. Die Pressekonferenz sei propagandistisch gewesen.

Frau Dobusch

versteht die Unzufriedenheit, dass nicht alles zu 100 Prozent umgesetzt worden sei. Sie verteilt den Antrag der SPD, der beim Stadtplanungsausschuss beschlossen worden sei. Die Punkte, die dort stünden, das sei nicht nichts. Vieles sei aufgegriffen worden.

Ein KG-Mitglied

fragt, ob die Abwendungsvereinbarung vor Abschluss vorgelegt würden. Man habe das zugesagt bekommen. Dieser Abschluss könnte überraschend stattfinden. Es sei bereits verhandelt worden, es gebe daher eine Abwendungsvereinbarung. Man könne sonst nicht weitermachen.

Herr Gerdemann

sagt, dass der Masterplan die Grundlage für die Abwendungsvereinbarungen sei. Es gebe sicherlich Dokumente, die Arbeitsschritte vorbereiteten. Es gebe aber noch keine Vertragsdokumente. Nicht das Vertragswerk, aber die Inhalte würden dann aber vorgestellt werden. Das sei von der Senatorin bestätigt und etwas anderes auch nicht versprochen worden. Den exakten Modus wolle und könne er hier aber zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht erklären. Man werde in den laufenden Veranstaltungen über den weiteren Verlauf der Abwendungsvereinbarungen berichten. Bis Ende des Jahres bzw. Ende des 1. Quartals des nächsten Jahres könne eventuell etwas vorliegen. Aber es habe ja jetzt auch schon Verzögerungen gegeben.

Zwischenrufe aus dem Publikum

Man müsse sich damit auseinandersetzen, daher müsse das Vertragswerk frühzeitig vorliegen.

Herr Gerdemann

sagt, dass viele Inhalte der Abwendungsvereinbarungen ja allgemein bekannt und auf vielen Veranstaltungen schon thematisiert worden seien. Man rufe bei den Abwendungsvereinbarungen keine neuen Themen auf und fange nicht bei Null an.

Herr Birzer

stellt die Thementage vor (s. Folien)

Eine Teilnehmerin

fragt, warum man sich anmelden muss.

Herr Birzer

erklärt, dass dies rein organisatorische Gründe habe. Man habe ein bestimmtes Format gewählt, das mit einer bestimmten Personenzahl funktioniere. Außerdem seien die Raumkapazitäten begrenzt und man müsse auch Catering bestellen.

Frau Birnkraut

übergibt an Frau Haubenreisser.

Frau Haubenreisser

stellt sich und das Projekt Q8 vor. Sie wolle einen Überblick geben über das, was erarbeitet worden ist.

Frau Andrea Sack-Hauchwitz

sagt, sie sei zu Q8 gestoßen, weil sie e-Partizipation macht mit einer Agentur. Sie war ein bisschen erschreckt, wie viel Frustration hier ausgedrückt worden ist. Sie fand das Konzept eigentlich gut.

Frau Haubenreisser

erklärt, was Inklusion bedeute. Man solle den Blick auf alle Menschen und alle Lebensbereiche setzen. Neu entstehende Stadtteile sollen unterstützt werden in Richtung Inklusion.

Bei der Auftaktveranstaltung seien 220 Menschen gekommen. 30 wollten damals weiterarbeiten in Richtung Stadtentwicklung und Inklusion. Dies sei in der Tat Neuland. Es gehe um die Frage, was muss man mit bedenken: Baulich, in der sozialen Infrastruktur bei verschiedenen Rahmenbedingungen z.B. in einer älter werdenden Stadt.

Es hätten unterschiedliche Menschen teilgenommen (s. Folie). Menschen jeden Alters, wobei die richtig alten noch fehlen würden, Menschen mit und ohne Behinderung, relativ wenige Menschen mit Migrationshintergrund. Damit habe man unterschiedliche Vernetzungen in der Stadt.

Frau Sack-Hauchwitz

sagt, was Inklusion eigentlich bedeute, das sei ihr am Schaubild klar geworden (s. Folie).

Es wird ein Film zum Thema Inklusion gezeigt.

Frau Haubenreisser

sagt, dass der Satz „wenn Unterschiedlichkeit zum Ziel führt“ für sie sehr wichtig sei. Inklusion sei harte Arbeit und eine Auseinandersetzung.

Frau Sack-Hauchwitz

stellt die sieben Themen vor, die im Q8-Projekt bearbeitet worden waren (s. Folie).

Sie fragt, ob Menschen hier seien, die dabei gewesen seien. Acht Personen melden sich.

Frau Haubenreisser

merkt an, dass 30 Ziele erarbeitet worden seien, ebenso Konkretisierungsvorschläge mit Beispielen. Sie zeigt anhand einer Folie, wie das Ergebnispapier aussieht. Die Ziele des Masterplans seien somit ergänzt bzw. konkretisiert worden.

Die Ziele lägen am Ausgang bereit zum Mitnehmen. Sie seien an die Senatorin, die Bezirksversammlung etc. geschickt worden und hätten auch eine positive Resonanz erfahren.

Bemerkenswert sei, dass die Bezirksversammlung ganz deutlich Stellung bezogen habe. Das sei nicht immer so. Nun sei aber doch etwas rausgestrichen worden. Sie sei aber positiv gestimmt, weil Dinge gesagt worden seien und eventuell gehört werden. (s. Folie „Beschluss der Bezirksversammlung“).

Man habe die Chance, einen zukunftsweisendes inklusives Konzept zu entwickeln (s. Folie).

Es gebe auch eine Senatsdrucksache, in der Inklusion begrüßt werde.

Sie weist auf das nächste Forum am 24.10.2012 hin (s. Folie).

Im Internet gebe es weitere Informationen unter www.q-acht.net

Ein Teilnehmer

ist überrascht, dass Frau Haubenreisser trotz der Abfuhr alles so positiv sehe. Man habe nie behauptet, dass nichts eingeflossen sei. Aber die Sachen, die die Politik nicht wollten, seien ignoriert worden. Dass die Harkortstraße nicht vierspurig ausgebaut werde, sei doch ein Gag, das habe niemand gedacht. Es sei gefordert worden, die inklusiven Ziele einzubeziehen, das sei aber mit Stimmen der SPD abgewehrt worden.

Frau Haubenreisser

sagt, dass man viele Verbündete in der Stadt habe. Optimismus sei Methode bei ihr.

Eine Teilnehmerin

sagt, dass sie die Aufstellung toll finde. Dass es abschlägig beschlossen worden sei, hätte man sagen müssen.

Frau Dobusch

erklärt, dass es einen Passus zur Barrierefreiheit gebe. Der sei in dem verteilten Antrag nachzulesen. Das sei nicht das komplette Thema Inklusion, der Masterplan sei aber nicht das Ende aller Diskussionen. Alles was weiter hinausgeht, bleibe in der Diskussion. Da sollten alle dranbleiben und optimistisch bleiben. Zum jetzigen Zeitpunkt sei es nicht in dem Antrag aufgenommen worden.

Ein Teilnehmer

sagt, dass viele Menschen hier seien, die sich für eine gute Zukunft engagieren. Er sagt, dass es nach wie vor um die Frage des Vertrauens gehe. Viele wollen etwas Gutes für den Stadtteil. Mitte Altona ist eine Chance, etwas Gutes zu machen.

Herr Gessenharter habe im Stadtplanungsausschuss vor einiger Zeit berichtet, dass es nicht gelungen sei, die Investoren in die Gespräche einzubeziehen. Etwas Gutes könne aber nur durch gemeinsames Gespräch entstehen.

Ein Teilnehmer

fragt, was am 26.09.2012 in der Bürgerschaft in Sachen Masterplan passiere. Wozu diene diese Veranstaltung? Die Tagesordnung war nicht zu sehen. Wie fließen die Vorschläge von q8 ein? Er sei entsetzt wie wenig Exemplare des Antrages verteilt worden seien. Er wünsche sich, dass das Papier veröffentlicht werde. Es gehe alles sehr schnell und es werden Fakten geschaffen.

Frau Dobusch

merkt an, dass das Papier der Antrag der SPD-Fraktion sei, der zum Stadtplanungsausschuss am vergangenen Freitag eingebracht worden sei. Dieser sei positiv beschlossen. Der Antrag könne bei der nächsten Bürgerschaftssitzung beschlossen werden.

Sie hatte nur wenige Exemplare, da ihr Kollege zu Schalthoff musste. Sie sei kurzfristig eingesprungen und sei auch nicht bei der Sitzung dabei gewesen.

Den Antrag finde man in der Parlamentsdatenbank. Dort finde man auch den Antrag der GAL. Man könne in Kürze auch die Protokolle dort einsehen. Alle Texte könne die Behörde ebenfalls veröffentlichen. Die Bürgerschaftssitzungen seien immer öffentlich.

Herr Gerdemann

sagt, der Antrag sei auch vorab am Freitag veröffentlicht worden. Alle weiteren eingegangenen Einträge seien in Kürze abrufbar. Man werde auf der BSU-Seite auf die Protokolle der Stadtplanungsausschusssitzungen verlinken.

Eine Teilnehmerin

kommt auf den Film zum Thema Inklusion zurück. Dort sei deutlich geworden, dass alle gemeint seien. Warum könne Inklusion nicht sofort in den Masterplan aufgenommen werden?

Frau Dobusch

sagt, sie kann das nicht ordentlich begründen, sie sei nicht Mitglied im Stadtplanungsausschuss. Ihre Vermutung sei, dass derzeit nicht der richtige Zeitpunkt sei, dieses Konzept umzusetzen.

Bürgerschaftssitzungen seien öffentlich, man müsse sich aber anmelden oder könne es auch zu Hause live am Computer verfolgen. Wenn der Saal voll ist, kommt keiner mehr rein.

Herr Gerdemann

sagt, dass der Thementag am 20.10. das Thema Inklusion beinhalten wird. Man habe dazu keine tiefergehendere Erfahrung, man werde sich an diesem Tag auch gerade diesem Thema widmen. Zu den Veranstaltungen sind auch die Eigentümer eingeladen.

Frau Birnkrant

beschließt den Abend, weist auf die weiteren Termine hin und bedankt sich bei den Anwesenden für die Teilnahme.



Auftraggeberin:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung

sowie:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Landes- und Landschaftsplanung

Kontakt:

mitte-altona@steg-hamburg.de

20.09.2012